

A N F R A G E von Stefan Schmid (SVP, Niederglatt)

betreffend Integrationsarbeit, Kostentransparenz und Entflechtung der Aufgaben

Im Kanton Zürich existiert die Fachstelle Integration. Sie ist in der Justizdirektion angesiedelt. Weitere Integrationsarbeit leisten jedoch auch das Amt für Wirtschaft und Arbeit, die Volksschule und diverse andere Stellen. Nach Meinung des Anfragenden ist Integration kein juristischer Akt, sondern erfolgt primär über die Schule sowie den Arbeitsplatz.

Ebenfalls ist feststellbar, dass sich die Integrationsarbeit zusehends nicht nur auf echte Flüchtlinge, sondern auch auf Wirtschaftsflüchtlinge und insbesondere Personen des Familiennachzugs sowie der Migration aufgrund der Personenfreizügigkeit konzentriert. Die Anzahl Integrationsbedürftige ist grundsätzlich auf Tun und Lassen der Bundespolitik zurückzuführen. Der Bund überwälzt jedoch zusehends das Problem der Integration auf Kantone und Gemeinden:

In diesem Zusammenhang bitten wir um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie quantifiziert sich der Integrationsbedarf in Bezug auf die Anzahl Personen folgender Gruppen:
 - Aufgenommene Flüchtlinge
 - Zuzüger aufgrund Familiennachzug
 - Zuzüger im Rahmen der Personenfreizügigkeit
2. Bei welchen Herkunftsländern oder Gruppen gestaltet sich die Integrationsarbeit aus Erfahrung als besonders aufwendig?
3. Welche Kosten fallen durchschnittlich pro Person für die Integration an?
4. Welche Kosten erhält der Kanton vom Bund als Verursacher für Integration erstattet?
5. Welche Beträge gibt der Kanton in welchem Umfang den Gemeinden weiter?
6. Wie verteilen sich die Integrationskosten auf die verschiedenen Direktionen und Ämter des Kantons?
7. Wie verteilen sich die Bundesgelder auf die verschiedenen Direktionen und Ämter?
8. Sieht der Regierungsrat einen Bedarf an Entflechtung der Integrationsaufgaben innerhalb der kantonalen Verwaltung?
9. Inwiefern stimmt der Regierungsrat mit dem Anfragenden überein, dass sich die Integrationsaufgaben primär im Amt für Wirtschaft und Arbeit (für Volljährige) sowie dem Volksschulamt (für Minderjährige) und allenfalls dem kantonalen Sozialamt konzentrieren sollen?

Stefan Schmid